

Ohne das Streikrecht werden die ArbeitnehmerInnen zu Sklaven



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie wir jetzt erfahren haben, ruft der Internationale Gewerkschaftsbund seine Mitgliedsorganisationen zur Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen auf, damit sie sich am 18. Februar an einem **Aktionstag zur Verteidigung des Streikrechts zum Schutz vor Unterdrückung und Versklavung bei der Arbeit** beteiligen.“ Diesem Aufruf hat der ver.di Bezirksvorstand Berlin beschlossen zu folgen.

Um was geht es: Die Arbeitgebergruppe bei der Internationalen Arbeiterorganisation (IAO) stellt seit mehreren Jahren das Streikrecht als ein internationales Recht in Frage. Über 60 Jahre wurde dieses Recht aus den ILO-Übereinkommen 87 und 98 aus dem Jahr 1948 und 1949 abgeleitet und war bei der Internationalen Arbeitsorganisation unbestritten. Jetzt wird dieses Recht in Frage gestellt. Der Bundesverband der deutschen Arbeitgeber (BDA) steht in dieser Offensive in vorderster Front.

Das können Gewerkschaften nicht akzeptieren

In vielen Ländern der Welt wird von den Regierungen und den Arbeitgebern das Streikrecht in Frage gestellt.

In den USA ist das Streikrecht durch Anwendung des Taft-Hartley-Gesetzes bereits stark eingeschränkt, was Solidaritätsstreiks verbietet und „Gelbe“ als „Streikbrecher“ den Zugang zu Betrieben erlaubt – In den letzten Jahren wurde es mit neuen Sicherheitsgesetzen noch stärker angegriffen. Diese schränken das Streikrecht und gewerkschaftliche Rechte in „strategischen“ Wirtschaftszweigen wie dem Seehandel ein. Außerdem haben 24 US-Bundesstaaten Gesetze über das „Recht auf Arbeit“ verabschiedet, die faktisch jede gewerkschaftliche Tarifverhandlung und Vertretung verbieten. Es ist also überhaupt nicht überraschend, dass die USA die IAO-Übereinkommen 87 und 98 nicht ratifiziert haben.

Aber auch in Europa sind wir konfrontiert mit Angriffen auf das Streikrecht.

In Spanien behandelt die Regierung in einer reaktionären Kampagne von Angriffen auf das Streikrecht die Gewerkschafter wie Kriminelle. 300 Gewerkschafter werden zurzeit wegen Streikbeteiligung gerichtlich verfolgt. Der anschaulichste Fall betrifft die „acht Kollegen von Airbus“. Der Staatsanwalt hat über 8 Jahre Gefängnis für jeden einzelnen dieser Gewerkschafter gefordert, weil sie den Streik organisiert haben.

In wenigen Wochen im März soll in Deutschland das Streikrecht durch das sogenannte Tarifeinheitsgesetz eingeschränkt werden. Unter dem Motto „Tarifeinheit JA – Eingriff ins Streikrecht: NEIN“ fordern ver.di, NGG und GEW die Bundesregierung über eine Massenunterschriftensammlung auf, von einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit abzusehen.

„Der DGB verteidigt ein umfassendes Streikrecht gemäß Artikel 9 Abs. 3 GG (...) den Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).“

DGB Beschluss vom Mai 2014

Der ver.di Bezirksvorstand hat beschlossen, den Aufruf des IGB zu einem Internationalen Aktionstag zur Verteidigung des Streikrechts am 18. Februar mit einer massiven Mobilisierung für die Unterschriftensammlung gegen das Tarifeinheitsgesetz zu beantworten.

In diesem Sinne fordern wir alle Fachbereiche auf, in allen Betriebsgruppen, in allen Einrichtungen und Gremien aktiv zu werden und massiv Unterschriften zu sammeln.

Die Unterschriftenlisten haben wir beigelegt und es kann auch unter

<https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifeinheit> direkt im Internet unterzeichnet werden.

Der ver.di Bezirksvorstand Berlin wird sich zusätzlich am 18.2.2015 an die Berliner Bundestagsabgeordneten wenden, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

ver.di weist den gemeinsamen Vorstoß von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Arbeitgebergruppe bei der Internationalen Arbeiter Organisation (IAO) zurück, nachdem nach über 60 Jahren das umfassende Streikrecht nicht länger als Bestandteil des Übereinkommens 87 der IAO anerkannt werden soll.

ver.di sieht darin auf internationaler Ebene einen elementaren Angriff auf das Streikrecht und die Gewerkschaften, den ver.di nicht dulden wird.

ver.di schließt sich der Rechtsauffassung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) an, der feststellt: *„Das Streikrecht und das Recht auf Vereinigungsfreiheit sind untrennbar miteinander verbunden.“*

Mit dem Vorstoß der Arbeitgebergruppe ist ein Angriff auf das Normenkontrollsystem der IAO verbunden und damit auf sämtliche IAO Übereinkommen und die IAO selbst.

ver.di:

- weist sämtliche Versuche des BDA und der Arbeitgebergruppe der IAO, das umfassende Streikrecht aufzuheben, in aller Schärfe zurück;
- fordert von der Bundesregierung, initiativ zu werden und den Vorstoß der Arbeitgeber in der IAO zurückzuweisen;
- fordert vom IGB und allen deutschen Gewerkschaften, in einer öffentlichen Kampagne diesen Vorstoß zurückzuweisen.

Wir schließen uns der Erklärung von Michael Sommer auf dem Kongress des IGBs an: *„Niemand kann uns unser Streikrecht nehmen – niemand.“*

Deshalb weisen wir auch alle Bestrebungen zurück, zur Entscheidung über die Frage des Streikrechts den Internationalen Gerichtshof oder ein separates Tribunal der IAO anzurufen.

Das Streikrecht ist unverhandelbar.“

Beschluss des Landesbezirksvorstandes Berlin-Brandenburg, Dezember 2014